

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
 Verleger und Drucker: M. Großmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.
 Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
 Vierteljährlich: durch den Briefträger ins Haus gebracht
 kostet das Blatt 50 Pf. mehr.
 Anzeigen: die Beizelle oder deren Raum im Morgenblatt
 15 Pf., im Abendblatt und Neblamen 30 Pf.

Abonnements-Einladung.

Unsere geehrten Leser, namentlich die auswärtigen, bitten wir, das Abonnement auf unsere Zeitung recht bald erneuern zu wollen, damit ihnen dieselbe ohne Unterbrechung zugeht und wir zugleich die Stärke der Auflage feststellen können. Die reichhaltige Fülle des Materials, welches wir aus den politischen Tagesereignissen, aus den Kammer- und Reichstags-Verhandlungen, aus den lokalen und provinziellen Begebnissen darbieten, die Schnelligkeit unserer telegraphischen Depeschen (auch über den Schiffsverkehr) und anderen Nachrichten, für deren schnellste Uebermittlung wir ein eigenes Bureau in Berlin errichtet haben, ist so bekannt, daß wir es uns versagen können, zur Empfehlung unserer Zeitung irgend etwas zuzufügen. Ebenso werden wir auch ferner für ein interessantes und spannendes Feuilleton Sorge tragen.

Der Preis der täglich zweimal erscheinenden Stettiner Zeitung beträgt außerhalb auf allen Postanstalten vierteljährlich nur zwei Mark, in Stettin in der Expedition monatlich 50 Pfennige, mit Bringerlohn 70 Pfennige.

Die Stettiner Zeitung ist daher die billigste politische Zeitung, welche täglich zweimal und in einem so großen Formate erscheint und den Lesern eine solche von keinem andern hiesigen Blatte auch nur annähernd erreichbare Fülle von Nachrichten bringt. Wir weisen auch noch besonders darauf hin, daß unsere Stettiner Zeitung die Nachrichten über die Berliner und hiesige Getreide-, Waaren- und Fondsbörse bereits im Abendblatt des gleichen Tages veröffentlicht und diese Nachrichten daher den hiesigen und auswärtigen Interessenten auf das aller schnellste übermitteln.

Die Redaktion.

E. L. Berlin, 29. März 1892.
Deutscher Reichstag.
 206. Sitzung vom 29. März.
 Präsident v. Lepow eröffnet die Sitzung um 12 Uhr.

Die dritte Lesung des Reichshaushaltsetats wird fortgesetzt mit dem Marine-Etat. Bei dem Kapitel „Gesamter Etat“ empfiehlt Abg. Dr. V. V. (Ztr.) eine Resolution dahin, daß Offizieren und Mannschaften von der Marine an Sonntagen nicht zur militärischen Dienstverpflichtung, sondern auch, soweit es der Dienst erlaube, Zeit gelassen werde, regelmäßig am Morgen-Gottesdienste theilzunehmen. Generalleutnant v. Spitz glaubt, wenigstens soweit die preussische Armee in Betracht komme, daß den Wünschen des Antragstellers schon durch die preussische Garnisonordnung genügt sei. Wo dagegen verschieben werde, werde sofort Abhilfe geschafft. Die Resolution sei also überflüssig.

Chef des Marineamts Hollmann giebt eine ähnliche Erklärung hinsichtlich der Marine ab.

Die Resolution wird sodann angenommen. Bei dem Extra-Ordinarium, Titel Korvette K, liegt der Antrag v. Mantensfel und Gensow (Konfession, Reichspartei und Nationalliberale) vor, die in zweiter Lesung gestrichene erste Rate zu bewilligen.

Abg. v. Mantensfel (Konf.) begründet dies damit, die Notwendigkeit d. Korvette sei allseitig anerkannt, fraglich sei nur gewesen, ob die Bewilligung schon in diesem Jahre oder erst im nächsten erfolgen solle, und ob die Finanzlage die sofortige Bewilligung zulasse. Die Antragsteller seien geleitet von dem Gesichtspunkte der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit. Gerade die arbeitssuchenden Parteien müßten die Forderung aufnehmen.

Abg. v. Bennigsen (nl.) will noch hinzufügen, diejenigen, welche in zweiter Lesung die Korvette gestrichen hätten, hätten ja keineswegs die Absicht gehabt, sie dann zu streichen. Die sofortige Bewilligung bedeutete also nur eine Mehrausgabe an Zinsen. Die Korvette sei von Wichtigkeit für den Schutz der Handelsflotte. Im Bezug darauf seien wir hinter anderen Nationen zurückgeblieben. Mit der Korvette 1 hätten wir erst 5 erwartete, allen Anforderungen genügende Schiffe. Auch spreche das Interesse mit, bei dem jetzigen Niedergange der Industrie einen tüchtigen Arbeiterstamm auf unseren Werften zu erhalten. Er gebe zu, daß allerdings dieser Grund für sich allein nicht durchschlagend wäre. Aber im Verein mit anderen Gründen falle er ins Gewicht.

Abg. Graf Falkenstein (Zentr.) erinnert an die sozialpolitischen Gründe, welche der Reichstag bei der zweiten Lesung für die Bewilligung geltend gemacht habe. Er selber habe damals gesagt, dieses neue Moment würde seine Freunde zu einer erneuten Erwägung veranlassen. Auf Grund dieser Erwägung seien seine Freunde einstimmig zu dem Beschlusse gelangt, an der Ablehnung festzuhalten. Der Brief des parlamentarischen Oberpräsidenten über die geschäftliche Lage der Vulkan-Werke sei nach den Informationen des Zentrums zu schwarz gefärbt gewesen. Auch bei Ablehnung der Korvette K würde der Vulkan Arbeiter-Einstellungen nicht in so großem Umfange vorzunehmen brauchen, wie das Schreiben des Oberpräsidenten dies versichert habe. Aber

selbst wenn dies Schreiben nicht zu schwarz gefärbt gewesen wäre, so würden seine Freunde dennoch nicht in der Lage gewesen sein, die Bewilligung auszusprechen, weil sie sich sonst auf den gefährlichen Weg begeben haben würden, den Weg des Rechts auf Arbeit und der Bewilligung dieses Rechts durch den Staat. Seine Freunde würden deshalb gegen den Antrag Mantensfel stimmen.

Vize-Admiral Hollmann bittet dringend, den Antrag anzunehmen, die Entwicklung der Marine würde anderenfalls Schaden nehmen. Daß solche Schiffe unentbehrlich seien, dafür habe er sich auf alle Sachverständigen im Innern und Ausland. Die vorhandenen Schiffe gleicher Art seien zwar nicht unbrauchbar, aber für den Krieg unzureichend.

Ein Antrag v. Kardorff geht sodann ein auf namentliche Ablehnung. Abg. Barth (frei.) gegen den Antrag Mantensfel, weist darauf hin, wie dem Reichstage ja erst gestern wieder eine neue Vorlage eingebracht sei, welche für strategische Bahnen 32 Millionen fordere. Diese würden ja wohl von seinen Freunden bewilligt werden, aber auch die Belastung der Steuerzahler habe doch ihre Grenze. Das Argument betreffs der Beschäftigung von Arbeitern auf dem Vulkan lasse seine Partei prinzipiell überhaupt nicht gelten. Ueber kurz oder lang werde man doch dahin gelangen müssen, den Arbeiterstamm auf den Werften stark zu verringern. Seine Freunde hätten auch überhaupt nicht die Absicht, die Korvette zu bewilligen, auch nicht im nächsten Jahre, sie lehnten deshalb den Antrag Mantensfel ab.

Abg. Graf Arnim (Reichsp.) bittet, die Bewilligung sowohl im Interesse des Handels, wie der Marine auszusprechen. Auch sei der Reichstag, wenn nicht in diesem, so doch im nächsten Jahre dazu verpflichtet, denn die Korvette liege ja innerhalb des von dem Reichstage gebilligten Flotten-Entwicklungsplanes.

Abg. Dohren (frei.) macht geltend, die anderen Staaten hätten diese Kreuzer-Korvetten in größerer Anzahl weniger zum Schutze des Handels eingeführt, als im Interesse ihrer Kolonien. Der Brief des Oberpräsidenten v. Puttkamer spreche zu Unrecht von einem Nothstand in Stettin. Der Stettiner Magistrat sei nicht einmal in der Lage gewesen, bei den starken Schneefällen Arbeiter zum Fortschaffen des Schnees zu bekommen. (Hört! hört!) Die Bauverwaltung habe ebenfalls nicht in hinreichender Zahl Arbeiter erhalten, es gingen ihr einfach Leute davon, weil dieselben nicht unter 5 Mark 50 Pf. pro Tag arbeiten wollten. (Hört! hört!) Auch die Armenkassen, die Armenhäuser hätten nicht mehr zu thun, als sonst. Kurzum, es fehle an aller Unterlage für die Behauptung eines besonderen Nothstandes in Stettin. Der Oberpräsident sei also offenbar schlecht informiert gewesen. Und was speziell den Vulkan anlangt, so sei dieser durchaus in der Lage, seine Werften bis Mitte Sommers voll zu beschäftigen. Dann allerdings würde derselbe einen Theil seiner Arbeiter entlassen müssen, und zwar 400. Aber ein derartiges Schwanke der Arbeiterschaft finde man auf allen Werften. Die Kontinuität bleibe durch einen starken Arbeiterstamm stets erhalten. Die 400 Arbeiter spielten jedenfalls nicht solche Rolle, daß man ihrerhalb den Staat heranziehen müßte.

Abg. v. Roschke (Pole) tritt für Bewilligung ein. Seine Partei werde dieselbe auszusprechen, weil sie das Schiff für unsere Marine für notwendig halte. Rechner verhält sich noch keine Partei gegen die in der Presse laut gewordenen Verdächtigungen, als lägen ihren Bewilligungen für die Marine nicht sachliche Interessen zu Grunde, sondern parteipolitische Rücksichten.

Abg. Richter (frei.) erwidert, er sei von der Objektivität des Vorredners zwar überzeugt, aber Thatsache sei es doch, daß die Polen ihre Haltung gegen früher ungemein verändert hätten. Dieselben bewilligten jetzt mehr, als irgend wer sonst in diesem Hause. Doch er wolle hauptsächlich ein Misverständnis aufklären. Sein Herr Kollege Barth habe keineswegs sagen wollen, als ob die Freiwillichen überhaupt niemals mehr eine Kreuzer-Korvette bewilligen wollen, die Freiwillichen bezielten sich vielmehr nur ihre Entscheidung für die Zukunft vor, ohne sich jetzt für oder wider zu binden. Wie könne man aber vor Allem heute auf einmal die „Wehrhaftigkeit des Reiches“ für die Korvette K ins Gesicht führen? In der Kommission und noch in zweiter Lesung hätten alle Parteien, auch die Deutschkonserwativen darin übereingestimmt, daß dieses Moment hier nicht in Betracht komme. Und was habe sich denn in dieser Beziehung seit der zweiten Lesung geändert? Nichts. Wie könne man hier also den Antrag Mantensfel mit Wendungen motivieren, als machten die Gegner des Antrages das Reich wehrlos! Mit Vergleichen mache man die Gegner des Antrages in ihrem Bortum nur noch jester. Mit solchen Redewendungen, wie sie n. A. Graf Arnim gebraucht, sollte man hier doch etwas zurückhaltender sein.

Abg. v. Hent (Konf.) empfiehlt die Bewilligung der Korvette.

Abg. v. Stumm (Reichsp.) macht für die Bewilligung geltend, ohne dieselbe würde der Nothstand der Arbeiter in Stettin jedenfalls größer werden. Und wenn die Freiwillichen, wie aus Richter's Anführungen hervorgehe, die Korvette nicht prinzipiell ablehnen, weshalb wollten sie sie dann nicht jetzt bewilligen? Richter habe doch früher Alles für die Flotte bewilligt, und jetzt bekämpfe er sie.

Abg. Richter bezeichnet diese Behauptung in all ihren Theilen als unwahr. Weber habe er früher „Alles bewilligt“, noch „bekämpfe“ er jetzt die Flotte. Die Freiwillichen bewilligten allein in diesem Etat für die Flotte 32 Millionen. Und wenn Herr v. Stumm es für patriotisches Erforderniß halte, Alles zu bewilligen, was die Marineverwaltung für „notwendig“ erkläre, nun, so demüthige er Herrn v. Stumm selber! Denn dieser bewillige zwar diese Korvette K, aber ein Panzerkreuzer, einen Aviso und noch ein drittes Schiff, welches der Chef des Marineamts als „absolut notwendig“ bezeichnet habe, würden von Herrn v. Stumm selber verweigert. Wo bleibe da dessen Patriotismus?

Staatssekretär v. Hollmann, v. Arnim, Barth, v. Stumm und Richter äußern sich sodann nochmals im Sinne ihrer vorigen Ausführungen, worauf die namentliche Abstimmung erfolgt. Dieselbe ergibt Ablehnung des Antrages v. Mantensfel mit 177 gegen 109 Stimmen. Die Parteien stimmten geschlossen, gegen den Antrag stimmte auch Prinz Carolath.

Bei dem Marine-Etat entspinnt sich noch eine Auseinandersetzung zwischen dem Abg. Stadthagen und dem Marine-Chef Hollmann über eine Schlagschifferei in Helgoland, an welcher Holländer, Matrosen und Fortifikationsarbeiter theilhaftig waren. Der Staatssekretär des Marineamts erklärte, daß die Marineverwaltung unmittelbar nichts mit jenen Arbeitern zu thun habe. Dieselben seien von einem Unternehmer engagirt.

Bei dem Etat des Reichs-Justiz-Ministers bringt Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Antisemit) den bekannten Fall Paasch zur Sprache, wird aber an eingehenden Ausführungen zum Präsidenten gehindert mit dem Bemerkten, der Fall berühre weder das Reichs-Justiz-Minister, noch das Reichsgericht. Ebenso ergelte es dem.

Abg. Stadthagen (Ztr.), welcher ein Hindernis des Staatssekretärs auf gesetzgeberische Reformen in der Richtung verlangt, daß die bisherige ungleiche Rechtsprechung in Deutschland in Kuppel-Angelegenheiten aufhöre. Bei diesem Etat wird ferner gegen die entchiedene Linie und einen Theil der National-liberalen die Resolution von Dr. betreffend Abschließung von Auslieferungsverträgen aus schließlich durch das Reich, abgelehnt.

Bei dem Etat der Zölle und Verbrauchssteuern entsteht eine längere Debatte über die Resolution Menzer auf Erhöhung des Tabakzoll.

Abg. Bräunings (nl.) spricht sich für diesen Antrag aus, ebenso Abg. Hulsch (Konf.). Derselbe beantragte entsprechende Zollerhöhung auch für fabrizierte Tabake.

Abg. Möller (nl.) und Triben (Zentr.), letzterer namens eines großen Theils des Zentrums, widersprechen der Zollerhöhung, ebenso.

Abg. Barth (frei.), welcher auf den seit der zweiten Lesung eingetretenen Umschwung in den Chancen des Antrages hinweist. Derselbe rühre daher, daß die Tabak-Industrie durch die ihr drohende Gefahr mobil gemacht worden sei. Er erinnere hauptsächlich daran, wie Abg. Stöcker, Mitunterzeichner des Antrages, dem Antrium seiner Wähler nicht Stand halten konnte. Um Herrn Stöcker Gelegenheit zu geben, seine Charakterfestigkeit zu bewähren, beantragten seine Freunde namentliche Abstimmung über die Resolution Menzer.

Abg. v. Kleist-Regow (Konf.) äußert sich noch gegen Abg. v. Hoensbroech (Ztr.) für den Antrag Menzer, worauf die Debatte geschlossen wird.

Die namentliche Abstimmung ergibt Ablehnung der Resolution Menzer mit 205 gegen 66 Stimmen.

Der Rest des Etats wird ohne bemerkenswerthe Debatten erledigt und sodann das Etatsgesamtabstimmung.

Der Präsident konstatirt sodann noch, ohne Widerspruch zu erfahren, daß der Reichstag geneigt ist zur Wahl von 6 Reichstags-Abgeordneten als Mitglieder der arbeitersocietischen Kommission.

Hierauf verlegt sich das Haus. Nächste Sitzung: Mittwoch 12 Uhr. Tagesordnung: Nachtragsetat (Eisenbahnen); Antrag Möller (Novelle zum Unfallgesetz); Katastroph-Vergütung; Elsaß-Lothringischer Belagerungszustand; Weingese.

Schluß 6 1/2 Uhr.

E. L. Berlin, 29. März.
Preussischer Landtag.
 Herrenhaus.

8. Plenarsitzung vom 29. März.
 Präsident Herzog v. Ratibor eröffnet die Sitzung um 1 Uhr.

Das Haus genehmigt zunächst die Novelle zu dem Gesetz, betr. das Absehalten der emeritirten Geistlichen u. den Gesekentwurf, betr. die Sterbe- und Gnadenzeit bei Vornamen, sowie die kirchliche Aufsicht über die Vermögensverwaltung der Kirchengemeinden in der vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Fassung.

Bei Gelegenheit der Verathung einer Petition der West- und Vötelermärker Reichs-broste um Einstellung eines als Darlehn zu gewährenden Betrages von 1,161,000 Mark in den Etat erklärt der Finanzminister Dr. Miquel, daß in Zukunft den Gemeinden die Möglichkeit werde gegeben werden, für eigene Rechnung höhere Steuerbeträge als bisher einzulegen. Die Einkünfte zu der neuen Einkommensteuer habe ein überraschend günstiges Resultat ergeben; denn es ergebe sich danach ein Mehrertrag gegen das Veranlagungssoll von circa 43 Millionen. Dieses überraschende Resultat gebe ein erfreuliches Bild von der Wohlhabenheit des Landes. Zur Verringerung der Doppelbesteuerung sowohl bei den Personal- wie bei den Staatssteuern habe man noch ein zweiter Schritt der Steuerreform zu gehen, und zwar die Regelung der Grund- und Gebäudesteuer und die Ueberweisung derselben an die Kommunen. Dieser zweite Schritt sei schwerer als der erste, und wenn derselbe gelingen sollte, dann werde Preußen ein Steuersystem bekommen, um welches es von der ganzen Welt werden beneidet werden, weil es den Grundbesitzern die Berechtigung möglichst nahe kommen werde. Die Reform könne aber nur durchgeführt werden mit einer gleichzeitigen Reform der Kommunalsteuern. Es schweben gegenwärtig über diesen Punkt Verhandlungen bei der Regierung und man neigt namentlich dem Verzicht des Staates auf die Grund- und Gebäudesteuer zu, um dadurch die Gemeinden steuerfähiger zu machen. Bei der großen Verschuldetheit der Kommunen können dieselben nicht unbedingt an dieselbe Form gebunden werden, in welcher der Staat namentlich die Realsteuern erhebt.

In Folge dieser Erklärung wird die betreffende Petition durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Hierauf legt das Haus die Verathung des Staatshaushalts-Etats pro 1892-93 fort. Bei dem Etat der direkten Steuern spricht

der Oberbürgermeister Zweigert-Essen den Wunsch aus, daß das Ergebnis der Einschätzung zur Einkommensteuer möglichst geheim gehalten werden und zu dem Zweck dahin gewirkt werden möge, daß aus den ausliegenden Wählerlisten die Steuererträge der Wahlberechtigten nicht ersichtlich seien. Es habe kein Wahlberechtigter einen Anspruch darauf, über die Steuer- und Einkommensverhältnisse Anderer unterrichtet zu werden. Ueberhaupt wäre es sehr unethisch, wenn die Einkommensquellen weniger, als es bisher der Fall gewesen, offen bekannt werden müßten. Man habe die Geheimhaltung in Aussicht gestellt, es zeige sich aber jetzt bei dem praktischen Einschätzungsverfahren, daß eine Geheimhaltung der Einkommensquellen oft gar nicht möglich sei. Im Interesse der Gerechtigkeit wäre es daher erwünscht, daß künftig bei Auslegung der Wählerlisten dieser Uebelstand beseitigt werden könnte. Ueber die vorher vom Finanzminister abgegebene Erklärung erklärt Redner seine Freude aus. Der Finanzminister habe dabei auf die Gefahren hingewiesen, welche das Einkommenssteuergesetz für die Haushalts-Etats der Kommunen mit sich führe und die Hoffnung daran geknüpft, daß diese Gefahren durch die weitere Reform werden beseitigt werden. Da müsse er nun sagen: die Volkshaus hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.

Finanzminister Miquel erwidert, daß die Gefahr für die Kommunen bei dem gegenwärtigen, sehr mangelhaften Einkommenssteuersystem viel größer sei, als bei dem neuen Gesetz. Die Begünstigung durch die Voreinschätzungskommissionen sei vorläufig nicht zu entbehren, es müssen darüber die Erfahrungen der nächsten Jahre abgewartet werden. Soweit es das Interesse des einzelnen Zeitens angehe, so lasse sich leicht, statt der Auslegung der Wählerliste die bei der Auslegung der Wählerlisten der Einkommensteuer machen. Anders aber stehe es, soweit die Auslegung der Listen zur Garantie des Wahlrechts nöthig sei. Gegen alle diese Mängel habe er ja bereits im Abgeordnetenhaus Gesetze in Aussicht gestellt, über welche die Verhandlungen noch schweben.

Bei dem Etat der Bauverwaltung steht mit zur Verathung die Denkschrift der Regierung, betr. den Dortmund-Emskanal.

Zu dieser Denkschrift hat Herr v. Mantensfel den Antrag gestellt: „Die Staatsregierung zu ersuchen, die vorgeschlagene Aenderung des im Jahre 1886 genehmigten Kanalprojekts von der Bedingung abhängig zu machen, daß die Mehrkosten — mit Ausnahme derjenigen, welche durch den Anstieg an den Mittellandskanal bedingt sind — durch freiwillige Beiträge der Interessenten gedeckt werden.“

Nachdem der Antragsteller diesen Antrag begründet, erklärt sich Oberbürgermeister Schmiebing (Dortmund) gegen denselben, ebenso Minister Thielens, welcher nachweist, daß der Kanal nicht bloß einzelnen Interessenten, sondern der Allgemeinheit Vortheil bringe, nicht allein den Kohlengebern, sondern auch der Landwirtschaft, dem Handel und den Städten.

Herr v. Stumm befürwortet den Antrag v. Mantensfel, indem er den Kanal als ein todgeborenes Kind bezeichnet, welches lieber heute, als morgen begraben werden möchte.

Finanzminister Dr. Miquel bezeichnet es als einen großen Fehler, wenn man die von der Regierung vorgeschlagenen Verbesserungen des Kanalbaues dadurch gefährden wollte, daß man die Kosten für diese Verbesserungen von nicht verpflichteten Interessenten verlange, denen man noch zumal nicht einmal sagen könne, wie hoch diese Kosten sich belaufen. Auch würde das ganze Unternehmen, welches schon so viele Jahre schwebte, durch ein solches Verlangen aufs neue auf Jahre hinaus ins Stocken geraten.

Graf Knyphausen, obwohl ursprünglich Gegner des Kanalprojekts, erklärt sich ebenfalls gegen den Antrag, weil derselbe geeignet sei, das nun einmal beschlossene Werk wiederum vollständig in Frage zu stellen. Finanzminister Miquel verweist noch darauf, daß mit der einfachen Kenntnisaufnahme der Denkschrift der Regierung eine Bewilligung der Mehrkosten des Projekts noch nicht ausgesprochen werde, daß diese Mehrkosten noch nicht einmal feststünden, daß aber mit der Kenntnisaufnahme wohl den beteiligten Ministern die Uebernahme der Verantwortlichkeit für die Ausführung des Projekts erleichtert werde.

Herr v. Mantensfel erklärt, daß er nicht die Absicht habe, das Projekt zum Scheitern zu bringen, daß er nur nicht gewillt sei, diese neuen Kosten dem Staate aufzuerlegen. Sei die Bedeutung des Kanals so groß, wie man sie darstelle, so werde es ein Leichtes sein, die Kosten von den Interessenten zu erlangen.

Nachdem auch Minister Thielens und Herr v. Solmacher die Ablehnung des von Mantensfel'schen Antrages dringend empfohlen, wird der Antrag abgelehnt, die Denkschrift durch Kenntnisaufnahme erledigt.

Hierauf verlegt sich das Haus. Nächste Sitzung: Mittwoch 12 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Verathung. Schluß nach 5 1/2 Uhr.

Deutschland.
 O Berlin, 29. März. Se. Majestät der Kaiser hat heute Nachmittags beim Vizepräsidenten des Staatsministeriums, Herrn v. Völticher, den Thee eingenommen.

Am Donnerstag, den 31. d. M., findet eine Sitzung des Reichsbank-Kuratoriums im Reichstag des Innern statt.

Mit der Aufhebung der Beschlagnahme des sog. Welfensches, welche nach Abschluß der Verhandlungen mit dem Herzog von Cumberland demnachst durch ein mit Zustimmung der Regierung in der gestrigen Sitzung der Welfensche Kommission des Abgeordnetenhauses angenommenes Gesetz ausgesprochen werden wird, ist weiter die Herausgabe von Schloss Herrenhausen und der Domäne Calenberg, noch die Ausbändigung des Kapitalstockes des beschlagnahmten Rubeck-Kommisvermögens verbunden. Jene beiden Verfügungen können erst auf Grund eines förmlichen Verdicts auf Hamover, wie er bisher seitens des Herzogs nicht erklart worden ist, beansprucht werden, während das Kapitalvermögen erst dann auszuantworten ist, wenn die vorbehaltene besondere

Annahme von Inzeraten Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haenstein & Zolner G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt & Gerstmann, Otto Thiele. Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Ilies. Halle a. S. J. Barck & Co. Hamburg H. Heinr. Eiler, Joh. Nothmann, A. Steiner, William White. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Abmachung über die Sicherstellung desselben abgeschlossen und von dem Landtage genehmigt sein wird. Dieser Theil der Abmachungen ist bisher weder erfolgt, noch sind selbst die Verhandlungen über diese Frage eingeleitet. Es ist abgemacht, ist, bereitet daher lediglich der Weg für die Freigabe der Nothenden des Vermögens, welches nach den im dem Verträge von 1867 vorgesehenen Berechnungen noch etwa 42 Millionen Mark beträgt, ist im Staats-schuldbuche eingetragen und bleibt dort noch vor zur Verfügung der Krone Preußen stehen, während die Zinsen von 4 Prozent dem preussischen Staatsschatz, soweit sie nicht durch die Kosten der Verwaltung in Anspruch genommen werden, zufließen. Durch die in wenig Tagen zum formellen Abschluß gelangten Verhandlungen zum Herzog von Cumberland ist erzielt, daß ohne die mindeste Belastung der preussischen Staatskassa mit der Vergangenheit völlig reinen Tisch gemacht ist und jede Art von Restschuld vermieden wird. Mit der Verabschiedung des erwähnten Gesetzes, zu welchem man auch die Zustimmung des Herrenhauses vor der Osterpause zu erlangen hofft, wird daher das, was als Welfensches bezeichnet zu werden pflegt, definitiv aus der Welt geschafft sein. Auch der befriedigende Abschluß dieser Angelegenheit, welche so vielen Staub aufgewirbelt hat, ist bekanntlich der hochherzigen Initiative Seiner Majestät des Kaisers zu danken.

Wenn der Reichstag seine nunmehr schon nahezu drei Jahre dauernde Session geschlossen haben wird, wird der Bundesrath sich der Verathung größerer Verwaltungsaufgaben hingeben können. Zu den letzteren gehört auch die endgültige Feststellung des dem Bundesrathe vorgelegten Betriebsreglements für die Eisenbahnen Deutschlands. An der Abfassung des Reglements sind alle Gewerkschaften theilhaftig. Man hat deshalb auch, wie wir hören, vor der endgültigen Feststellung desselben die wirtschaftlichen Korrelationen, namentlich die Handelskammern, zu Gutachten über die einzelnen Bestimmungen des Reglements aufgefordert. Daraus ist zu entnehmen, daß die Geneigtheit vorhanden ist, auf die Wünsche der Interessenten, soweit das möglich, bei der Abfassung des Betriebsreglements Rücksicht zu nehmen. In Kraft treten wird das neue Betriebsreglement mit dem Tage, an welchem das internationale Uebereinkommen über den Eisenbahnverkehr zur Geltung kommen wird.

Ueber das Scheitern des Sänkegesetzes schreibt die „Nat.-Ztg.“:

„Die Erklärung, welche der Ministerpräsident Graf Culemburg gestern in beiden Häusern des Landtags bei der Zurückziehung des Sänkegesetzes in dem nämlichen Wortlaut abgegeben, ist ohne Zweifel im Staatsministerium festgelegt worden. Man darf daraus mit Genugthuung erfahren, daß keine Verhinderung oder Verhinderung der Sachlage betreffs des Entwurfs zugelassen werden soll. Zu einer solchen wäre es vielleicht namentlich nach der Ernennung eines künftigen sehr weit rechts stehenden neuen Kultus- und Unterrichtsministers, ausgenutzt worden, wenn die Regierung den Entwurf nur stillschweigend liegen gelassen hätte: unerledigt bleibt ja alljährlich manche Vorlage, die darum nicht aufgegeben ist, sondern in einer späteren Session wieder vorgebracht wird. Nach den Ereignissen der vorigen Woche wäre es allerdings schwer gewesen, selbst das bloße Verbleiben des Schulgesetzentwurfs so zu interpretieren; aber eine derartige Darstellung unbedeutend zu verhindern, war immerhin geboten, wenn dem Verdict auf die unheilvolle Vorlage seine beruhigende Wirkung im Lande vollständig gesichert werden sollte; und die reformirte preussische Regierung, die sich über die Erörterung des Zentrums und der äußersten Rechten keiner Selbsttäuschung hingeben kann, hat allen Grund, sich nicht auch gegenüber den Parteien, welche den Grafen Zedlitz bekämpft haben, in eine schiefe Stellung zu bringen. So war die formelle Zurückziehung geboten.“

Das Blatt spricht sich Bedauern aus, daß sich vermuthlich ein offenkundiger Mangel der Geschäftsordnung an die Erklärung des Ministerpräsidenten keine Erörterung anknüpfen konnte. Im Herrenhaus habe die dort stattfindende Staatsberatung Gelegenheit geboten, auf die Erklärung zurückzukommen. „Dem Grafen Culemburg“, bemerkt das Blatt, „sind die seltsamen Vorbeere, die Graf Kanitz sich am Sonnabend im Reichstag erworben, seine Ruhe, und er stellte die Disziplinierung des Grafen Culemburg-Sturms in Gegenstand zu der Thatsache, daß Graf Caprivi von dem Vornamen wegen seines Antrags auf das liberale Bürgerthum nichts angeht und mußte sich deshalb vom Ministerpräsidenten belehren lassen, das Herr von Vornamen als Reichstagsabgeordneter gesprochen. Graf Culemburg verwarf sich hierauf dagegen, daß er etwa habe denunciren wollen; wenn er aber die Reichsverfassung zu gut kennt, um dies beabsichtigt zu haben, so entsteht die Frage, was er denn eigentlich wollte. Dieses fortwährende zornige und doch ohnmächtige Zurückkommen der Kämpen des Schulgesetzentwurfs auf jene Reichstagsrede des Herrn von Vornamen vom Januar beweist nur, eine wie tiefe Wirkung diese geübt, wie wesentlich sie zu dem erfreulichen Ausgang beigetragen, und ein wie großes Verdienst Herr von Vornamen sich durch jenen Anlauf an die liberalen Parteien erworben hat.“

In Beziehung auf den Kultusminister Dr. Voss äußert sich das Blatt folgendermaßen:

„Wir wissen nicht, ob seine Erklärung die Freunde des künftigen Entwurfs getroffen hat. Wir unterwerfen sie, nach wie vor, Herrn Dr. Voss als Kultusminister nicht abwartend gegenüber. Auf dem verfassungsmäßigen und gesetzlichen Boden der Volkshaus, der allerdings ein christlicher, aber kein „christlich-konfessioneller“ ist, haben Raum und Mäße, dann wesentlich anders Fall und nachher, etwa die Mitte zwischen diesen beiden Richtungen haltend, Gesetze verordnet. Wir warten ab, wie die Verwaltung Dr. Voss's beschaffen sein wird, indem wir ihm darin zustimmen, daß jetzt vorwärts, nicht rückwärts zu gehen ist. Wir bilden vorwärts in der festen Zuversicht, daß die öffentliche Meinung, welche den Entwurf des Grafen Zedlitz zu Falle gebracht hat, auch jedem etwaigen Veruche, in seinem Geiste die Verwaltung zu führen, gewachsen sein würde. Und spätestens im Herbst 1893 finden Wahlen zum Abgeordnetenhaus statt. Es könnte aber auch schon früher der Fall sein.“

Dem Vernehmen nach ist dem Bundes-



Auftreten
des ausgezeichneten
**Künstler-
Ensembles.**
Donnerstag:
Abends-Benefit
des Siettker Altheten
Emil Voss.